

Mindestens 13 Ortschaften sind im Laufe der Jahre völlig abgerissen und dem Erdboden gleichgemacht worden¹⁰⁹, bis auf das schwer auszumachende Neuhof bei Gadebusch sind alle Orte noch im gültigen Postleitzahlenbuch aufgeführt: 23923 Bardowiek, 98663 Billmuthausen, 07927 Dornholz, 98863 Erlebach, 29413 Grabenstedt, 29416 Jahrsau (Post Riebau), 96542 Kaulsroth (Post Mupperg), 98663 Leitenhausen, 23923 Lenschow, 96542 Liebau (Post Mupperg), 96528 Korberoth und 08527 Stöckigt.

Die Ausgaben für die Sperrzonenvergünstigungen belasteten den Staatshaushalt erheblich. 1973, als die pioniertechnische Absicherung ihre Perfektion nahezu erreicht hatte, wurden deshalb aus rein finanziellen Gründen einige größere Ortschaften aus dem Sperrgebiet ausgeklammert. Sicherheitsmäßig wurden sie teilweise weiter wie Grenzgebiet behandelt.

Durch zwei weiteren ZK-Direktiven zur Arbeit im Grenzgebiet von 1971¹¹⁰ und von 1982¹¹¹ wurden einige Erleichterungen eingeführt. In beiden wurden aber die staatlichen Organe verpflichtet, die „Zuverlässigkeit der im Grenzgebiet Wohnenden einzuschätzen“ und – wenn notwendig – deren Aussiedlung zu veranlassen. Scheinbar waren diese beiden ZK-Direktiven Auslöser für gehäufte Aussiedlungen in Einzelfällen. Oft war der Verstoß eines jugendlichen Familienmitgliedes gegen die Grenzordnung (illegaler Grenzübertritt, gescheitertes Fluchtvorhaben, Nichtanzeige, Beihilfe) Anlaß für die Aussiedlung der übrigen Familienmitglieder.¹¹² In der Zeit vom 1. Dezember 1979 bis zum 31. Mai 1982 sind im Bereich aller drei Grenzkommandos (Nord, Mitte, Süd) insgesamt 25 Anträge auf Aussiedlung gestellt und 14 realisiert worden.¹¹³

6.3. *Das Leben im ehemaligen Grenzgebiet nach der Wende*

In vielen nach der Wende erschienenen Publikationen wurde behauptet, die Bevölkerung im Sperrgebiet habe zum Schluß nur noch aus „politisch Zuverlässigen“ bestanden. Dies dürfte stark übertrieben sein. Aber deren Anteil an der gesamten Bevölkerung müßte infolge von Zwangsaussiedlung und Kaderaustausch, reglementiertem Zuzug und freiwilligem Wegzug wesentlich höher sein als im Inland, insbesondere in Orten, in denen die Einwohnerzahl bis auf weniger als 30% gegenüber 1952 zurückgegangen ist. Zwangsausgesiedelten, die zurückgezogen sind, schlägt mitunter eine feindliche Stimmung entgegen.¹¹⁴

109 Fuchs: Billmuthausen, S. 7.

110 Ebenda, S. 176.

111 SAPMO, BArch ZPA J IV 2/3/3358, Bl. 35 ff.

112 Bennewitz/Potratz, S. 180 ff. 1

113 Ebenda, S. 182.

114 Dies ist vielleicht auch darauf zurückzuführen, daß eine öffentlichkeitswirksame Rehabilitation bisher nicht erfolgt ist. In der Ehrenerklärung des Deutschen Bundestages vom 17. Juni 1992 waren die Zwangsausgesiedelten kaum erkennbar.

Die beiden großen Aktionen und die Aussiedlungen in Einzelfällen blieben nicht ohne Einfluß auf die Grenzbevölkerung: Ein großer Teil hatte sich dem System im Angesicht der ständig sichtbaren „Sperranlagen“ und aus Angst vor Repressalien weitgehend angepaßt, die Kinder entgegen eigener politischer Überzeugung erzogen, sich in private Nischen verkrochen, zum Schein „Zweckverhalten“¹¹⁵ an den Tag gelegt und am „gesellschaftlichen Leben“ mitgewirkt. Viele haben mit den bewaffneten Organen zusammengearbeitet – als Freiwillige Helfer der Volkspolizei oder der Grenztruppen und für das MfS.

Im Grenzgebiet war das Niveau für „politisch-ideologische Diversion“ sehr niedrig angesetzt, wie ein MfS-Stimmungsbericht von 1961 zeigt: „Anläßlich des 1. Mai wurde in Steinbach (Heiligenstadt) passiver Widerstand ausgelöst. An der Maidemonstration nahm außer der Musikkapelle keine erwachsene Person teil, es demonstrierten nur die Schulkinder“.¹¹⁶

Bewohner des Grenzgebietes hatten meist wesentlich stärkere soziale Bindungen nach Westdeutschland als Bewohner aus dem Hinterland, deshalb lag die Fluchtrate dort über dem Landesdurchschnitt.¹¹⁷ Dies und die grenzspezifischen Enteignungsmaßnahmen, wie Zwangsaussiedlung und enteignete „Zaun-Grundstücke“, haben ähnlich wie im Gebiet um West-Berlin zu einer überdurchschnittlich hohen Zahl an offenen Vermögensfragen geführt, die mögliche Investitionen gebremst und den Gebäudeverfall befördert haben. Auch private Hausbesitzer, bis zur Aufhebung des Sperrzone nach der Wende von der Furcht vor Aussiedlung geplagt, haben sich gescheut, möglicherweise unnützlich in die Bausubstanz zu investieren.

Daß mehr als vier Jahre lang fast ausschließlich Grundstücke von Personen restituiert wurden, denen „die Enteignung ein Leben in Freiheit wert gewesen ist“¹¹⁸, und erst ab 1995 die von politisch Verfolgten, hat den Unmut vieler ehemaliger Grenzbewohner ausgelöst.

Das dramatische Absinken der Einwohnerzahlen in fast allen Grenzorten setzte sich nach der Wende weiter fort – bedingt nicht nur durch immer noch existierende soziale Bindungen zu Westdeutschen. Als sich am 10. November 1989 die Übergangsstellen an der innerdeutschen Grenze öffneten, setzten sich Auto-Schlangen der Ostdeutschen in Richtung Westen in Bewegung, und getreu dem Motto „Kommt die DM nicht zu uns, gehen wir zu ihr“ begann die Suche nach einem Arbeitsplatz jenseits der Grenze. Die kurze Distanz zwischen Grenzkreis im Osten und Arbeitsstelle im Westen machte eine Wohnungssuche meist überflüssig. Freizeit- und größere Dienstleistungseinrichtungen, besonders mit westlichem Niveau, fehlten auf östlicher Seite völlig. Anfangs ließen die Pendler mit ihrer Arbeitskraft zunächst einen Teil ihres Einkommens

115 Vokabular des MfS.

116 Bennewitz/Potratz, S. 111.

117 Mitten in Deutschland, S. 14 f.

118 So argumentieren viele Bürger im ehemaligen Grenzgebiet gegen die Regelungen des Vermögensgesetzes.

im Westen, bald fanden sich dort Wohnungen, und Verwandte folgten oft dem Beispiel.

Wo ehemals traditionelle Urlaubszentren wie im Thüringer Wald und im Harz rechtzeitig auf Tourismus gesetzt haben und Raubbau an der Natur (in den Kaliabbaugebieten) die Umwelt nicht zerstört hat, finden sich die vom Bundeskanzler verkündeten blühenden Landschaften. Obwohl heute wieder mitten in Deutschland gelegen, machen aber viele Grenzorte der untergegangenen DDR nach wie vor einen stark verödeten Eindruck.

6.4. Beispiel: Die Stadt Dömitz an der Elbe¹¹⁹

In Dömitz, einer Kleinstadt am Unterlauf der Elbe, gab es bis kurz vor Kriegsende zwei Elbbrücken, eine Eisenbahn- und eine Straßenbrücke. Am 20. April 1945 wurden beide Brücken durch einen Luftangriff zerstört. Kurz nach Kriegsende sprengten die Sowjets eine bedeutende Dynamitfabrik der Alfred Nobel AG in die Luft – einschließlich Sport- und Freizeitanlagen. Das große Schulgebäude nahe dem Stadtzentrum setzten sie in Brand. Viel von dem, was die Niedersachsen und die Menschen aus der Umgebung früher in die Stadt gebracht hatte, gab es schon kurz nach Kriegsende nicht mehr.

1952 hatte die Einwohnerzahl den Vorkriegsstand wieder erreicht. Obwohl in Dömitz Grenztruppen stationiert waren und viele Offiziere mit ihren Familien in der Stadt wohnten, sank die Einwohnerzahl – von Landflucht unbeeinflusst – stetig ab, 1973, nach der Herausnahme des Ortes aus dem 5-km-Sperrgebiet – etwas verlangsamt. Solange das Sperrgebiet bestand, konnten die Einwohner aus Orten der näheren Umgebung, die nicht im Sperrgebiet lagen, nicht mehr nach Dömitz gelangen, auch nicht diejenigen aus Orten, die wenig unterhalb der Stadt direkt an der Elbe lagen: Dort begann das Sperrgebiet des Kreises Hagenow, und die Aufenthaltsgenehmigung galt nur für jeweils einen Kreis. Dies führte 1962 zur Auslagerung des Dömitzer Krankenhauses und der ihm angeschlossenen ambulanten Einrichtungen und wirkt sich noch heute nachteilig auf Leben und Treiben in der Stadt aus. Von der beabsichtigten Auslagerung des Krankenhauses hatten die Einwohner noch vor den Funktionären des Rates der Stadt erfahren, die entsprechende Nachfragen der Bürger auf Gerüchte „Gerüchte des Gegners“ zurückführten.¹²⁰

Um ein übersichtliches Schußfeld zu bekommen, legten die Grenztruppen in den 60er Jahren unmittelbar hinter den Elbbuhnen einen neuen, hohen Deich an, ein davor gelegener Sommerdeich wurde abgetragen. Dadurch sind der Strom und die auf ihm fahrenden Schiffe, ein faszinierendes Bild, bei Normalwasserstand nur noch von besonders erhöhten Punkten der Stadt aus zu se-

¹¹⁹ Das dramatische Absinken der Einwohnerzahlen in vielen Orten des ehemaligen Grenzgebietes ist von mehreren Faktoren, vor allem von Landflucht überlagert und kann daher nicht allgemeingültig beschrieben werden.

¹²⁰ SAPMO BArch, ZPA IV 2/13/273, „Im Bezirk Schwerin (...)“.